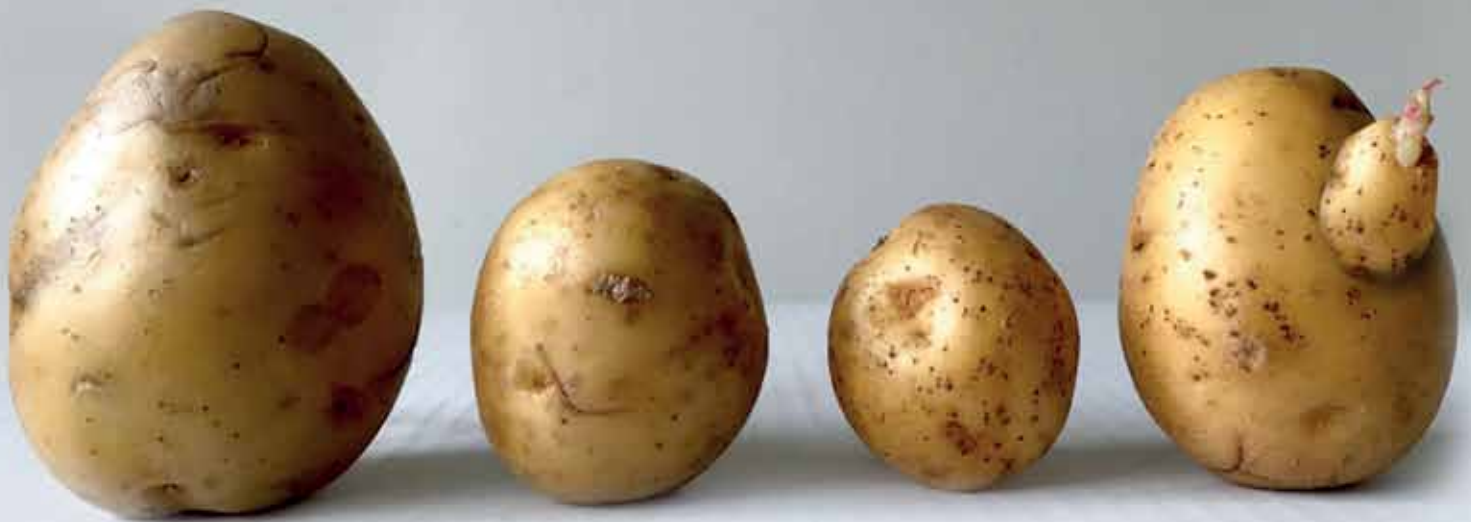


DOKUMENTATION DER
ABENDVERANSTALTUNG UND FACHTAGUNG
AM 31. MAI UND 01. JUNI 2017

KEIMZELLE DER NATION?!

Familien(-politik) und rechte Werte



zukunftsforum
familie e.v.

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG
Forum Politik
und Gesellschaft

In Deutschland und Europa ist derzeit ein Erstarren rechter Einstellungen zu beobachten, die sich zunehmend in Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien widerspiegeln. Vor diesem Hintergrund warf das Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem Zukunftsforum Familie e. V. einen Blick auf das Verhältnis von Rechtspopulismus und Familien(-politik).

Gemeinsam mit insgesamt 180 Gästen diskutierten wir, wie den Entwicklungen auf den unterschiedlichen Ebenen zu begegnen ist und gingen der Frage nach, welche Angebote eine solidarische und auf Vielfalt ausgerichtete Politik geben kann. Am 31. Mai wurden im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung familienpolitische Positionen von rechtspopulistischen Akteuren thematisiert. Auf einer Fachtagung am 01. Juni standen Strategien und Ansätze in der Bildungsarbeit in der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Positionen und Familienbildern im Mittelpunkt.



*„Wir müssen uns mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen zur Familienpolitik und zu den einschlägigen Akteur*innen befassen, denn es gilt, sich deutlich gegen ihr rückwärtsgewandtes Familienbild zu positionieren. Es steht nichts weniger auf dem Spiel, als das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft, in der jede und jeder die Freiheit genießt, sein Leben nach seinen eigenen Vorstellungen zu gestalten.“*

Dr. Stefanie Elies, Leiterin des Forum Politik und Gesellschaft in der Friedrich-Ebert-Stiftung



„Es bedarf eines konsequenten Einsatzes für eine demokratische Gesellschaft, in der Vielfalt als Bereicherung begriffen wird und die sich entschieden gegen jede Form von Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit stellt. Dabei ist die Politik gefordert, die Zukunft einer vielfältigen und bunten Gesellschaft zu stärken. Dies bedeutet für uns als ZFF natürlich auch, dass Menschen Familie so leben können, wie sie dies möchten, so lange das Wohl aller Familienmitglieder gesichert ist.“

Christiane Reckmann, Vorsitzende des Zukunftsforum Familie e.V.



„Gute Familienpolitik orientiert sich an den Wünschen und den Bedürfnissen der Vielfalt der Familien von heute. Eine solche Politik ist auch ein wirksames Gegenmittel gegen Populismus und Familienbilder, die die Vergangenheit idealisieren und mit der Wirklichkeit wenig zu tun haben!“

Dr. Thomas Metker, Unterabteilungsleiter in der Abteilung Familie im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



VORTRAG

DIE FAMILIE ALS „KEIMZELLE DER NATION“

Andreas Kemper, Soziologe und Publizist

In seinem Vortrag geht Andreas Kemper schwerpunktmäßig auf die familien- und geschlechterpolitischen Positionen der Alternative für Deutschland (AfD) ein. Die AfD bildet, so Kemper, ein Sammelbecken für verschiedene Strömungen, die von der Ungleichwertigkeit von Menschen ausgehen: Aus ihrer Sicht führt Gleichheit zwischen allen Gesellschaftsmitgliedern zu Chaos, Unproduktivität und dem Niedergang des „deutschen Volkes“. Es lässt sich insbesondere zwischen **drei Strömungen differenzieren**: Einer **neoliberalen**, einer **christlich-fundamentalistischen** und einer **völkisch-nationalistischen** Strömung. Dabei ist in den letzten Jahren ein zunehmender Einfluss des völkisch-nationalistischen Flügels innerhalb der AfD zu beobachten. Dies spiegelt sich auch in den familien- und geschlechterpolitischen Positionen der Partei wider.

Trotz handfester Differenzen verbindet alle drei Strömungen ein gemeinsames Feindbild: „das Gutmenschentum“, „die politisch Korrekten“ und jene Menschen, die sich für Gleichheit einsetzen. Die Familien- und Geschlechterpolitik dient als Bindeglied zwischen den Strömungen und es lassen sich deutlich inhaltliche Schnittmengen bestimmen.

IDEOLOGIEN DER UNGLEICHWERTIGKEIT UND IHRE GEMEINSAMKEITEN

Vertreter*innen der **neoliberalen Strömung** lehnen Antidiskriminierungsgesetze und Gleichstellungspolitik ab. Statt (aktiver) Antidiskriminierungsbemühungen soll uneingeschränkte Vertragsfreiheit herrschen und soziale Aufgaben idealerweise komplett in die Familie verlagert werden. Dies, so Kemper, würde insbesondere die Selbstbestimmung von Frauen beschneiden. Eine Position, die auch anschlussfähig an Forderungen der antifeministischen Männerrechtsbewegung ist.

Überschneidungen zwischen der neoliberalen und der völkischen Strömung zeigen sich in der Bestrebung, das Familienministerium in ein Bundesministerium für Familie und Entwicklung zu überführen. Kemper führt aus, dass es hier nicht nur um „quantitative“, sondern auch um „qualitative Bevölkerungsentwicklung“ geht, also die Förderung von Nachwuchs aus privilegierten Elternhäusern.

Für das **völkische Denken** sind zwei Forderungen zentral: Die Festschreibung der Erhaltung des „Staatsvolks“ als Staatsziel sowie die Wiedereinführung des Abstammungsprinzips. Die vertretenen Positionen sind dabei auf verschiedenen Ebenen familienfeindlich. So hat in der Weltanschauung ihrer Vertreter*innen nur die „deutsche Familie“ einen Wert und steht damit auch klar im Zentrum ihrer Politik.

Zwischen der **christlich-fundamentalistischen Strömung** in der AfD und dem **völkischen Flügel** zeigen sich viele inhaltliche Überschneidungen. Etwa mit Blick auf eine aktivierende Familienpolitik (nach dem Prinzip: Fördern und Fordern), der Wiedereinführung des Schulprinzips bei Scheidungen, der Forderung nach einem Melderegister für Frauen, die ein Kind abgetrieben haben, sowie der Stigmatisierung von Alleinerziehenden als einem „gescheiterten Lebensentwurf“. Deutliche Überschneidungen zeigen sich auch bei der Kritik an einer Sexualpädagogik der Vielfalt und der Diffamierung der Genderforschung. Internationale Verbindungen wurden unter anderem auf einem kürzlich veranstalteten Kongress in Ungarn deutlich. Dieser wurde durch die ungarische Regierung unter Viktor Orbán unterstützt und brachte sowohl rechte als auch christlich-fundamentalistische Akteur*innen zusammen.

Schnittstellen zwischen der **christlichen fundamentalistischen und der neoliberalen Strömung** lassen sich etwa mit Blick auf die Familienförderung identifizieren. Von Vertreter*innen wird hier eine Kinderrente vorgeschlagen, die Gutverdienende mit vielen Kindern privilegiert und Schlechterverdienende deutlich benachteiligt.

KEIMZELLE DER NATION?!

Familien(-politik) und rechte Werte



PODIUMSDISKUSSION

STRATEGIEN IM EINSATZ FÜR EIN VIELFÄLTIGES FAMILIENBILD

Sönke Rix, familienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion; **Brigitte Döcker**, Vorstandsmitglied des AWO Bundesverbands e.V.; **Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen**, Sprecherin für Bildung, Kultur und Gleichstellung der SPD-Fraktion und langjährige Justizministerin in Sachsen-Anhalt; **Prof. Dr. Esther Lehnert**, Alice Salomon Hochschule; Moderation: **Sabine am Orde**, taz.

Zu Beginn der von Sabine am Orde moderierten Podiumsdiskussion weist Prof. Dr. Esther Lehnert darauf hin, dass viele AfD-Positionen zum Thema Familien- und Geschlechterpolitik deckungsgleich mit klassischen NPD-Positionen seien. Vor allem bei den Forderungen im Bereich der Bevölkerungspolitik lassen sich außerdem Bezüge zum Nationalsozialismus aufzeigen. Diese Anschauungen seien, laut Lehnert, nicht nur auf den völkischen Flügel der Partei beschränkt und böten ein besonderes Mobilisierungspotenzial.

VERÄNDERT DIE AfD DIE GESAMTGESELLSCHAFTLICHEN DEBATTEN?

Einblicke in die Auseinandersetzungen in der parlamentarischen Arbeit mit der AfD gibt Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen. Mit dem Einzug von AfD-Abgeordneten in den Landtag habe sich dort die Kultur der Diskussion verändert. Abgeordnete der AfD würden versuchen, sich in Debatten als Opfer zu inszenieren, um mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen, so etwa bei der Verabschiedung des Landesaktionsplans LSBTI* für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen. Die AfD diffamiere den Aktionsplan als vermeintliche Privilegierung von Minderheiten.

Sönke Rix berichtet, dass trotz der verstärkten Aufmerksamkeit für die AfD bislang keine gravierende Veränderung der Debatte über die Familien- und Gleichstellungspolitik im Bundestag zu beobachten sei. Er beobachtet allerdings mit Sorge, dass auch demokratische Parteien zum Beispiel bei den Themen „Obergrenzen“ und „Familiennachzug“ einseitig abschottende Positionen einnehmen, und das wahrscheinlich aus Angst, Wähler*innen zu verlieren. Außerdem sieht er durchaus Überschneidungen in einigen Positionen konservativer Abgeordneter mit der grundsätzlichen Kritik der AfD an einer progressiven Familien- und Geschlechterpolitik.

Brigitte Döcker sieht auch die Arbeiterwohlfahrt angesichts rechter Bewegungen vor großen Herausforderungen. In einer Organisation wie der AWO, die über ein breites Netz an ehrenamtlichen und professionellen Strukturen verfügt, sieht sie aber auch eine große Chance,

rechten Einstellungen und dem Alltagsrassismus offensiv zu begegnen. Dabei gilt es, die AWO und ihre Einrichtungen für ihre demokratische Verantwortung zu sensibilisieren.

Auf die Frage nach den Ursachen des aktuell zunehmenden Antifeminismus weist Lehnert darauf hin, dass viele der familien- und geschlechterpolitischen Positionen der AfD bis in die gesellschaftliche Mitte anschlussfähig seien und der Wunsch nach traditionellen Geschlechterrollen besonders in gesellschaftlichen Umbruchphasen aufkomme. Der AfD gelinge es aktuell, als Sammelbecken gesellschaftlicher Unsicherheiten zu fungieren. Während die streng getrennten Geschlechterrollen nach innen konsolidieren, wirke der Rassismus nach außen. Dies sei etwa in der Debatte um die Silvesternacht in Köln sehr deutlich geworden.

EINSATZ FÜR EINE PLURALISTISCHE GESELLSCHAFT UND EIN VIELFÄLTIGES FAMILIENBILD

Klare Worte findet Rix mit Blick auf den Umgang mit der AfD: Inhaltlich dürfe man sich nicht auf ihre Argumentationslinien einlassen, sondern müsse vielmehr deutlich Position für ein vielfältiges Familienleben beziehen. Zugleich plädieren Kolb-Janssen und Rix dafür, die direkte Konfrontation mit AfD-Vertreter*innen nicht zu scheuen, um die inhaltlichen Positionen der Partei aufzuzeigen und zu entlarven. Man dürfe sich aber nicht auf jede Provokation „von rechts“ einlassen. Brigitte Döcker weist abschließend auf die Chance zu mehr Geschlossenheit im Einsatz für eine vielfältige Gesellschaftsvision hin. In diesem Zusammenhang ergänzt Lehnert, dass es wichtig sei, sich für die Repräsentation von Diversität in den eigenen Organisationen und allen gesellschaftlichen Institutionen einzusetzen.



VORTRAG

DIE BEDEUTUNG DER FAMILIE BEI RECHTSEXTREMEN RADIKALISIERUNGEN

Prof. Dierk Borstel, Fachhochschule Dortmund

Um die Bedeutung der Familie in rechtsextremen Radikalisierungsprozessen zu analysieren, geht Prof. Dr. Dierk Borstel in seinem Vortrag empirisch vor und bezieht sich auf 48 verschriftlichte Biografien von Rechtsextremen und Aussteiger*innen aus der Szene, die im Rahmen seiner Forschung entstanden sind. Die Analyse der Biografien eröffnet den Blick auf die vielfältige Rolle von Familienbeziehungen bei rechten Radikalisierungsprozessen.

Radikalisierungsprozesse sind immer höchst individuell: Alle im Folgenden beschriebenen familiären Indikationen können, müssen aber nicht zwangsläufig zu einer Radikalisierung beitragen. Borstel unterscheidet bei Radikalisierungsprozessen verschiedene Phasen:

1. Die Zeit der Pubertät stellt die am stärksten **aufnahmebereite Phase** für rechtsradikale Orientierungen dar: Jugendliche sind auf der Suche nach Lösungen auf empfundene Ungerechtigkeiten und gleichzeitig empfänglich für unterschiedliche Identitätsangebote, wie sie beispielsweise rechtsradikale Gruppierungen anbieten. In den untersuchten Biografien kristallisieren sich unterschiedliche Einstiegsmotive heraus: a) Die Eltern sind selbst rechtsradikal eingestellt oder aber die Großeltern – teilweise mit biografischem Bezug zum Nationalsozialismus – und geben diese Einstellungen bewusst an Kinder weiter. b) In der Lebensphase der Pubertät bieten rechtsradikale Gruppen durch klare Regeln Halt. c) Die Sinnsuche nach Antworten auf wahrgenommene Ungerechtigkeiten erfolgt in rechtsextremen Orientierungen als Protest gegen die Wertvorstellungen innerhalb der Familie. d) Bei Interesse an Protest, Hass und Destruktion bieten rechtsextreme Ideologien ein Wertefundament für Gewaltanwendung gegenüber bestimmten Gruppen und Minderheiten.
2. In der **Kontaktphase**, d. h. dem Eintritt in rechte Gruppierungen, werden Familien entweder vollständig ignoriert oder aber von den Eltern, Großeltern oder Geschwistern geht der Versuch aus, nach wie vor Kontakt zu halten. Borstel beschreibt die Balance zwischen

Kontakthaltung und einer klaren Grenzziehung zu rechtsextremen Ideologien als „Königsweg“ im Umgang mit rechtsradikalen Kindern, die aber sehr individuell austariert werden muss.

3. Rechte Gruppierungen bieten niedrigschwellige Angebote zur **Rollenfindung**, denn sie geben das Versprechen vorbehaltloser Anerkennung und Kameradschaft. Orientierung bieten sie zudem durch klare Kleider-, Sprach- und Verhaltensordnungen.
4. Familien reagieren je nach **Radikalisierungsmotor** unterschiedlich: Werden Jugendliche gewalttätig, so distanzieren sich die meisten Familienmitglieder. Suchen Jugendliche die Auseinandersetzung über ideologische Debatten, sind viele Familien überfordert. Gleichzeitig gibt es aber auch Verständnis dafür, wenn Kinder innerhalb einer (rechtsradikalen) Gruppe Anerkennung und Freundschaft finden.

Trotz der vielfältigen Rollen von Familien finden sich in den Biografien bestimmte Häufungen wieder: Es wird oft von einem schwierigen Verhältnis zum (Stief-)Vater berichtet. Dabei wird häufig sowohl das Erleben häuslicher Gewalt als auch das faktische oder emotionale Fehlen einer Vaterfigur erwähnt. Außerdem wird vielfach von einer repressiven Sexualmoral berichtet, verbunden mit engen, traditionellen Geschlechterbildern. Solche Vorstellungen finden sich auch in rechtsextremen Ideologien wieder, in denen sich viele dann bestätigt fühlen.

Im Fazit, so resümiert Borstel, ist die Bedeutung der Familie bei rechtsextremen Radikalisierungen somit nicht eindeutig und zum Teil widersprüchlich. Allerdings können Familien bei der De-Radikalisierung eine bedeutende Rolle spielen: Oftmals sind Eltern, Großeltern oder Geschwister die einzigen Menschen außerhalb der rechten Gruppierung, zu denen noch Kontakt besteht und die Gespräche jenseits „rechter Themen“ suchen. Gleichzeitig ist der Wunsch nach Familiengründung für einige Menschen ein wichtiger Motivationsfaktor, um sich von der rechten Szene abzuwenden.



WORKSHOP

UMGANG MIT RASSISTISCHEN UND RECHTSEXTREMEN EINSTELLUNGEN VON SCHÜLER*INNEN UND IHREN FAMILIEN IN DER SCHULE

IMPULS: Sanem Kleff, Leiterin von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*

MODERATION: Aylin Koç, Bundesjugendwerk der AWO e.V.

Die Institution Schule spielt eine zentrale Rolle in der Auseinandersetzung mit fremdenfeindlichen Einstellungen, hier setzt *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* an. *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* ist ein Netzwerk von bundesweit rund 2500 Schulen und rund 300 außerschulischen Kooperationspartnern. Unter der Prämisse, dass alle Menschen gleichwertig sind, geht das Netzwerk gegen alle Ideologien der Ungleichwertigkeit vor. Dabei wird ein systemischer Blick auf die Gesellschaft als Ganzes gerichtet. Schulen sollen durch eine dauerhafte Aktivität dazu befähigt werden, gemeinsame, verbindliche Normen und Werte des Zusammenlebens zu entwickeln und damit der Ungleichwertigkeit von Menschen etwas entgegenzusetzen.

STRATEGIEN IM UMGANG MIT FREMDENFEINDLICHKEIT: SCHÜLER*INNEN GANZHEITLICH IM BLICK

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage basiert auf einem multidimensionalen Präventionsansatz, der einen ganzheitlichen Blick auf die Akteure im System Schule hat. In Bezug auf Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen ist ein Leitgedanke die Annahme, dass ein Mangel an Anerkennung zu Radikalisierung führen kann und es deshalb wichtig ist, sich den jungen Menschen zuzuwenden. Das Thema der Zuwendung spielt in der Diskussion über die Institution Schule und ihre Möglichkeiten der Radikalisierung von jungen Menschen entgegenzuwirken eine zentrale Rolle. Generell sollte mehr Zeit für die Schüler*innen-Pädagog*innen-Beziehung zur Verfügung stehen. Allerdings gibt es hier ein strukturelles Problem: Beziehungsarbeit ist in Schulen meistens nicht vorgesehen, weshalb Lehrer*innen und auch Sozialpädagog*innen oft unvorbereitet und dann schnell überfordert sind. Hinzu kommt die hohe Arbeitsbelastung, insbesondere wenn sie über den Unterricht hinaus engagiert sind. Es gibt generell einen hohen Mangel an Personal- und Zeitressourcen. Deshalb braucht es Strukturen, die engagierte Pädagog*innen bestärken, z. B. in Form von regelmäßigen Fortbildungen, die Kompetenzen im Bereich der Sozialen Arbeit und der psychologischen Begleitung vermitteln.

SCHULE IN DER AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTEN EINSTELLUNGEN

Bei der Auseinandersetzung mit rechten Einstellungen von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien kommt der Schule eine zentrale Aufgabe zu. Gerade in Anbetracht des erstarkenden Rechtspopulismus und -extremismus müssen Schulen in dieser Rolle gestärkt werden. Hier sind Pädagog*innen gefordert sich mit der rechten Ideologie von Eltern auseinanderzusetzen. Dabei ist Einigkeit innerhalb der Schule eine wichtige Voraussetzung, um Konflikte zwischen Elternhaus und Schule zu bearbeiten.



WORKSHOP

SEXUALPÄDAGOGIK IM KREUZFEUER: STRATEGIEN IN DER DEBATTE UM SEXUELLE BILDUNG UND „BESORGTE ELTERN“

IMPULS: Dörte Döring, Sexualpädagogin

MODERATION: Dr. Laura Block, Sozialwissenschaftlerin

Dörte Döring beschreibt, dass Sexualerziehung ursprünglich vor allem auf „Gefahrenabwehr“ ausgerichtet war, etwa in Anti-Masturbations-Kampagnen oder später im Bereich der HIV-Prävention. Heutzutage ist im Selbstverständnis des Pädagogikfeldes ein positiver Bezug zur Sexualität verankert, der von der sexuellen Selbstbestimmung und Bildung als Menschenrecht ausgeht. Die Vermittlung sexualpädagogischer Inhalte findet dabei an unterschiedlichen Orten statt, etwa innerhalb der Familie, in den Medien, der Schule oder in der außerschulischen Bildung. Vor allem die Schule ist dabei ein wichtiger Lernort, denn hier werden die meisten Kinder und Jugendlichen erreicht, die insbesondere in der Phase der Pubertät viele Fragen haben. Dort werden Themen wie Geschlechterverhältnisse, Sexualität und Gewalt oder auch sexuelle und geschlechtliche Vielfalt verhandelt.

SEXUALPÄDAGOGIK ALS ANGRIFFSFLÄCHE FÜR „BESORGTE ELTERN“

Im Jahr 2013 formierten sich erstmals öffentlichkeitswirksame Proteste von so genannten „besorgten Eltern“ gegen die Einführung eines reformierten Bildungsplans in Baden-Württemberg. Der Plan sollte veraltete Lehrinhalte an veränderte gesellschaftliche Realitäten anpassen, mit dem Ziel, die Akzeptanz sexueller und gesellschaftlicher Vielfalt zu stärken. Bei der Gruppierung, die in den Folgejahren immer wieder zu Protesten gegen reformierte Bildungspläne aufrief, handelt es sich um eine Koalition unterschiedlicher Akteure aus religiös fundamentalistischen Kreisen, aber auch Teilen der AfD. Unter dem Stichwort der „Frühsexualisierung“ sah sich v. a. die Sexualpädagogik Anfeindungen ausgesetzt. Dabei wurde die Behauptung aufgestellt, dass Kinder und Jugendliche keine sexuellen Wesen seien, und dem Pädagogikfeld vorgeworfen, es lehre in Schulen „perverse Sexualpraktiken“. Die Vermittlung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt als gesellschaftliche Normalität wurde ebenfalls kritisiert, stellte dies doch die traditionelle Familie und althergebrachten Geschlechterrollen in Frage. Mit Diffamierungen und der Entkontextualisierung sexualpädagogischer Inhalte schürte die Gruppierung dabei auch Ängste bei Eltern, die dieser reaktionären Bewegung wenig nahestehen.

STRATEGIEN IN DER DEBATTE UM SEXUALPÄDAGOGIK

Wie kann man sich gegen diese Angriffe von rechts zur Wehr setzen? Von der grundlegenden Akzeptanz der sexuellen Vielfalt ausgehend, rät Döring dazu, das Pädagogikfeld in seiner Professionalität darzustellen. Zwar ist das Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder zu berücksichtigen, allerdings müsse gleichfalls das Recht des Kindes auf Bildung und sexuelle Selbstbestimmung gewährleistet werden. Auch die Diskutant*innen betonten, dass aktiv für die Durchsetzung des Rechts auf sexuelle Bildung geworben werden müsse. Hier bräuhete es Fachpersonal an den Schulen, die beim Austausch mit skeptischen Eltern beratend zur Seite stehen. Die Landesregierungen sind ebenfalls gefordert, sich selbstbewusst für die Umsetzung neuer Lerninhalte einzusetzen, die sexuelle und gesellschaftliche Vielfalt thematisieren.



WORKSHOP

KLARE KANTE GEGEN RECHTS IN DER GEWERKSCHAFTLICHEN BILDUNGSARBEIT DES DGB

IMPULS: *Josephin Tischner*, Referentin beim DGB Bildungswerk Bund

MODERATION: *Jonathan Menge*, Friedrich-Ebert-Stiftung

Im Mittelpunkt des Workshops steht die Frage, wie im Betriebskontext rechtspopulistischen Positionen begegnet werden kann. Josephin Tischner stellt die Ansätze im Umgang mit rechten Einstellungen – einerseits im DGB selbst und andererseits in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit – vor.

Der DGB positioniert sich klar gegen Rechtspopulismus. Er beruft sich darauf, zwar eine überparteiliche, aber keine unpolitische Organisation zu sein. Aus Sicht des DGB ist die AfD eine arbeiter*innenfeindliche Partei, die menschenfeindliche Positionen vertritt und die demokratische Grundlage unserer Gesellschaft gefährdet.

STRATEGIEN IM UMGANG MIT RECHTEN EINSTELLUNGEN UND DER AfD

Der DGB setzt sich intensiv mit der AfD und ihren politischen Positionen auseinander. Die Ergebnisse dieser Analysen werden auch in der Bildungsarbeit herangezogen. Hier ist in den letzten Jahren eine verstärkte Nachfrage nach Unterstützung in der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Positionen bei aktiven Gewerkschafter*innen entstanden. Denn auch in Betrieben treffen die Kolleg*innen auf diese Positionen. Der DGB bietet dabei Argumentationshilfen sowie Argumentationstrainings an und führt Aufklärungskampagnen durch. Daneben wird Aufklärung über die AfD-Programmatik in Betrieben, bspw. bei Betriebsversammlungen, geleistet.

Verstärkt setzen der DGB und die DGB-Jugend neben der Aufklärungsarbeit zunehmend auf Haltungstrainings, Seminare und Materialien gegen menschenfeindliche Positionen und zur Stärkung des Demokratieverständnisses. Argumentationshilfen können zwar wichtige Unterstützung leisten, dies aber meist nur punktuell. Haltungstrainings können demgegenüber nachhaltiger weiterhelfen.



WORKSHOP

WELCHE ROLLE SPIELT DAS GESCHLECHT? ERFAHRUNGEN AUS DER GESCHLECHTERREFLEKTIERTEN RECHTSEXTREMISMUSPRÄVENTION

IMPULS: Enrico Glaser, Fachstelle Gender und Rechtsextremismus, Amadeu Antonio Stiftung

MODERATION: Alexander Nöhring, Zukunftsforum Familie e. V.

Enrico Glaser weist darauf hin, dass die Bedeutung der Familie bzw. der Kategorie Geschlecht erst mit der aktuellen Debatte um Rechtspopulismus stärker ins (fach)öffentliche Bewusstsein gerückt ist. Die Verteidigung vermeintlich traditioneller Familien- und Geschlechterbilder und die Ablehnung von Feminismus und Gleichstellung stellen hier eine Schnittmenge unterschiedlicher Spektren dar.

Völkische Vorstellungen nehmen vielfach Bezug auf Geschlechterbilder des historischen Nationalsozialismus. Die Rollen, die Mädchen und Frauen in solchen Weltbildern zugesprochen werden, knüpfen dabei an traditionellen Geschlechtervorstellungen an: Obwohl oft „übersehen und unterschätzt“, sind neonazistische Frauen tatsächlich ebenso politische Akteurinnen und schaffen es, ein konservatives oder völkisches Geschlechter- und Familienbild in Blogs oder Kitas und Schulen zu verbreiten. Rollenangebote für Männer in neonazistischen Diskursen sind eindeutig: Es gilt das Versprechen, durch Mitgliedschaft und Gewalt ein „richtiger“ und „starker“ Mann zu sein. Familiäre Rollenangebote sind dabei der „Versorger“ und der „Kämpfer und Beschützer“.

Rassismus und völkische Geschlechterbilder stehen, laut Glaser, in neonazistischen Bewegungen in direktem Zusammenhang: Nach außen hin stellt der Rassismus die gemeinsame Ordnung dar, nach innen hin ist es das traditionelle Geschlechter- und Familienbild.

DIE ROLLE VON FAMILIE IN BEZUG AUF (EXTREM) RECHTE EINSTELLUNGEN

Erziehungsstile, die in der Familie gelebte Sexualmoral oder geschlechtsbezogene Motive spielen eine große Rolle, wenn sich Jugendliche zu neonazistischen Bewegungen hinwenden. Dazu zählen zum Beispiel Konstruktionen einer „schützenswerten, deutschen Frau“, die durch den „fremden Mann“ bedroht wird und vom „deutschen Mann“ beschützt werden muss.

Dabei müssen wir uns alle selbstkritisch fragen, wie konservative Lebensmodelle gesellschaftlich wieder an Bedeutung gewinnen. Auch der Alltagsrassismus in öffentlichen Debatten macht es vielen leicht, die Mitgliedschaft in neonazistischen Bewegungen zu rechtfertigen. Dies ist auch innerhalb von Familien der Fall: Nach wie vor wird hier wenig über Rassismus oder die NS-Vergangenheit eigener Familienmitglieder gesprochen.

GESCHLECHTERREFLEKTIERTE PRÄVENTIONSARBEIT

In der Präventionsarbeit sollte der Faktor Geschlecht und Emanzipation eine zentrale Rolle spielen, da diese Themen die Menschen beschäftigen. Ein Ansatzpunkt ist immer auch dort, wo Ideologie und gelebte Realität auseinanderfallen. Die Kinder- und Jugendhilfe sollte sich dabei auf ihre Grundlagen beziehen, nämlich die Förderung junger Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung, den Abbau von Benachteiligungen sowie den Beitrag zu positiven Lebensbedingungen junger Menschen und ihrer Familien (§ 1 SGB VIII). Dazu gehört es auch, vielfältige Geschlechterbilder in Kitas und Schulen anzubieten, Natürlichkeitsannahmen in Bezug auf Geschlecht zu hinterfragen und eine geschlechtersensible Erziehung und Bildung zu fördern.

OFFENER BEDARF FÜR DIE ARBEIT MIT „RECHTEN FAMILIEN“

Es wird festgestellt, dass zu wenig systematisiertes Wissen über den Zusammenhang von Familienbeziehungen und rechten bis neonazistischen Einstellungen besteht. Darüber hinaus sind Verbände und Träger der Kinder- und Jugendhilfe in der Verantwortung, sich an die Grundlagen des eigenen Auftrags zu erinnern und auf vielfältige Lebensweisen und Familienformen aufmerksam zu machen.



WORKSHOP

RECHTE ELTERN?! UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN WELTBILDERN IN DER KITA

IMPULS: *Eva Prausner*, Projekt ElternStärken, pad gGmbH

In der sozialpädagogischen Arbeit in Kita, Grundschule und Jugendhilfe treffen Fachkräfte auf Eltern, die diskriminierende bis hin zu rechtsextremen Äußerungen vorbringen. Gleichzeitig werden auch Kinder in den Einrichtungen Opfer von Diskriminierungen durch Altersgenoss*innen. Mit Blick auf das Wohl des Kindes sind Fachkräfte auf eine ernstgemeinte Kooperation mit den Eltern angewiesen, auch wenn sich bestimmte Ansichten fundamental widersprechen. Diese Kooperation stellt viele Fachkräfte vor große Herausforderungen, denn jedes Handeln stellt einen Balanceakt dar.

AUSEINANDERSETZUNG MIT (EXTREM) RECHTEN EINSTELLUNGEN: EINE HERAUSFORDERUNG FÜR FACHKRÄFTE

Anhand einer Abholsituation in der Kita veranschaulicht Eva Prausner den Teilnehmer*innen des Workshops Interventionsmöglichkeiten in dieser Auseinandersetzung: Eine Mutter sieht in der Spielecke eine schwarze Puppe und kommentiert: „Was soll denn diese schwarze Puppe hier? Wir sind doch eine weiße deutsche Kita.“ Fachkräfte müssen das Dilemma bearbeiten, Eltern in so einer Situation wertzuschätzen, sie dadurch für eine Kooperation bei der Betreuung, Erziehung und Bildung des Kindes zu gewinnen, zugleich jedoch ihre Einstellung zu verurteilen und Position zu beziehen. Gezieltes Nachfragen und die Aufdeckung von Widersprüchen in der Argumentation der Mutter (deutsch ist nicht immer weiß) können hier helfen.

Auch Kinder sind Opfer von Diskriminierungen ihrer Altersgenoss*innen, die Vorurteile ihrer Familie übernommen haben. Hier ist eine sofortige Intervention dringend geboten, denn Diskriminierung kann eine gesunde kindliche Entwicklung stark beeinträchtigen. Fachkräfte stehen hier ebenfalls vor großen Herausforderungen: Einerseits müssen sie allen Kindern – unabhängig von ihrem konkreten Verhalten – die gleichen Rechte auf Anerkennung und Wertschätzung zukommen lassen, andererseits müssen sie diskriminierendes Verhalten offensiv ausschließen. Konkrete Handlungsmöglichkeiten bestehen z. B. in der Ausformulierung von Leitsätzen, die auch

gemeinsam mit den Kindern entwickelt werden können. Diese Leitsätze bieten für Kinder einen verlässlichen Rahmen, auf den sich auch die Fachkräfte berufen können.

Für jede Konfliktsituation gilt: Reden ist besser als Schweigen! Gibt es keine Reaktion, so wird signalisiert, dass Ausgrenzung und Diskriminierung akzeptabel sind und dass betroffene Kinder keinen Schutz davor erwarten können.

UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN WELTBILDERN ALS AUFGABE DER KINDER- UND JUGENDHILFE

Der richtige pädagogische Umgang mit (extrem) rechten Äußerungen im Umfeld der Kinder- und Jugendhilfe kann sehr viel bewirken, muss aber gelernt sein. Daher sollte dies in allen Ausbildungsgängen für pädagogische Fachkräfte vorkommen. Das kostet Geld. Aber: Demokratisierung gibt es auch nicht zum Nulltarif.



FISHBOWL-DISKUSSION UND RESÜMEE

STRATEGIEN UND AUSBLICK: PERSPEKTIVEN FÜR DIE POLITIK UND ARBEIT MIT FAMILIEN

Wie werden extrem rechte Einstellungen innerhalb von Familien weitergegeben? Mit dieser Frage eröffnet Juliane Lang (Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus) die gemeinsame Abschlussrunde mit den Expert*innen und Tagungsteilnehmenden. Enrico Glaser weist darauf hin, dass Erziehungsauffassungen dabei eine zentrale Rolle spielen: So seien autoritäre Erziehungsvorstellungen, in die traditionelle Geschlechterbilder eingebettet sind, besonders anschlussfähig an rechtsextreme Ideologien. Auch die fehlende Auseinandersetzung oder die Verharmlosung der NS-Vergangenheit oder rechter Pogrome in den 1990er Jahren durch die Eltern- und Großelterngeneration sei zentral bei der Herausbildung rechter Einstellungen von Kindern und Jugendlichen.

Die Weitergabe rechter Einstellungen an Kinder fällt ebenfalls in Kitas auf, ergänzt Eva Prausner. Dies zeigt sich beispielsweise dann, wenn sich Kinder diskriminierend gegenüber Gleichaltrigen äußern, die einer Minderheit angehören. Zwar begegnet Prausner in ihrer Arbeit auch Eltern mit geschlossen rechten Weltbildern, der Alltagsrassismus sei aber das weitaus größere Problem. Vor dem Hintergrund einer stärker werdenden AfD sei auffällig, dass rassistische Einstellungen derzeit „selbstbewusster“ durch Eltern vertreten werden.

Auf die Frage, wie ein Umgang mit rechten Einstellungen gefunden werden kann, antwortet Aylin Koç, dass im Kontext Schule die Präventionsarbeit bei den Schüler*innen ansetzen müsse. Unabhängig von der Altersgruppe müssten sie in ihrem Selbstwertgefühl gestärkt werden. Die Erfahrung der Sexualpädagogik in der Auseinandersetzung mit rechten Kritiker*innen habe gezeigt, dass es wenig bringe, in die direkte Diskussion mit rechten Akteur*innen zu treten, berichtet Laura Block. Ziel müsse es vielmehr sein, Eltern und Familien selbst zu erreichen und ihnen die Ängste zum Thema sexuelle Bildung zu nehmen, die derzeit geschürt werden. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, auf rechte Netzwerke hinzuweisen, die sich hinter vermeintlich neutralen Aufrufen zu dem Thema verbergen.

Gefragt nach den konkreten Bedarfen im Zusammenhang von Familie und Rechtsextremismus plädiert Enrico Glaser dafür, Familie nicht als Black-Box zu betrachten. Natürlich verfügen Eltern über das primäre Erziehungsrecht ihrer Kinder, aber es bestehe über familiennahe Institutionen wie Kita, Schule, aber auch die Familienhilfe ein direkter Zugangsweg zu Familien. Prausner ergänzt, dass Träger und Fachkräfte die Bearbeitung rassistischer und rechtsextremer Einstellungen in ihrer Arbeit als Querschnittsthema begreifen müssten. Hier bedarf es gezielter Fortbildungen und Unterstützung durch geschulte Multiplikator*innen.

Einig waren sich alle Diskussionsteilnehmenden darüber, dass es in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rassistischen Einstellungen breite Bündnisse zwischen Menschen und Organisationen der Zivilgesellschaft und politischen Akteur*innen bedarf. Gemeinsam müsse man dem Einsatz für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft ein größeres Sprachrohr verleihen. Dieses Engagement gehe in der polarisierenden medialen Debatte oft unter. Daneben dürfe die Besetzung des Begriffs „Familie“ keinesfalls den rückwärtsgewandten Rechtspopulist*innen überlassen werden. Jonathan Menge (Friedrich-Ebert-Stiftung) und Alexander Nöhring (Zukunftsforum Familie e.V.) betonten daher abschließend, dass zentraler Teil dieses Engagements ein selbstbewusster Einsatz für vielfältige Familienmodelle sei.

**Zukunftsforum
Familie e. V.**

Markgrafenstr. 11, 10969 Berlin
Telefon: 030 2592728-20
Telefax: 030 2592728-60
info@zukunftsforum-familie.de
www.zukunftsforum-familie.de

Das ZFF wurde 2002 auf Initiative der Arbeiterwohlfahrt gegründet. Der familienpolitische Fachverband setzt sich für die Interessen von Familien ein und streitet für soziale Gerechtigkeit in der Familienpolitik. Für das ZFF ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken. Neben Gliederungen der AWO sind dort unter anderem der Bundesverband der Mütterzentren, der Progressive Eltern- und Erzieherverband (PEVNW) und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Elterninitiativen organisiert.

**Forum Politik und Gesellschaft
Friedrich-Ebert-Stiftung**

Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Telefon: 030 26935 – 7318
Telefax: 030 26935 – 9241
forumpug@fes.de
www.fes.de/forumpug

Das Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung setzt in seiner politischen Bildungs- und Beratungsarbeit an zukunftsweisenden Themen an, insbesondere in den Feldern Partizipation, Engagement und Demokratie sowie Geschlechter-, Gleichstellungs-, Antidiskriminierungs-, Familien-, Kinder- und Jugendpolitik. Unser Ziel ist es, innovative und gerechte Lösungen für aktuelle gesellschaftliche Fragen zu erarbeiten, gesellschaftliche Akteur_innen in den politischen Prozess einzubinden und Verständnis, Interesse und Begeisterung für Politik und Demokratie zu fördern.

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

IMPRESSUM:

HERAUSGEBER: Friedrich-Ebert-Stiftung / Zukunftsforum Familie e. V.
TEXTE: Sarina Brauer, Jonathan Menge, Alexander Nöhling, Nikola Schopp, Lisa Sommer
REDAKTION: Jonathan Menge, Lisa Sommer
FOTOS: Kai Doering, Berlin
GESTALTUNG: Dominik Ziller, DZGN
DRUCK: KOMAG mbH, Berlin-Brandenburg

Berlin, August 2017